



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Stiftung Jüdisches Museum Berlin
Lindenstraße 9-14, D-10969 Berlin
Telefon | Phone +49 - (0) 30 - 25 99 33 00
Telefax | Fax +49 - (0) 30 - 25 99 34 09
Internet www.jmberlin.de

Darfur: Verbrechen gegen die Menschlichkeit

15. bis 22. März 2007

Eine Veranstaltung des Jüdischen Museums Berlin in Kooperation mit Human Rights Watch

STIMMEN UND ZITATE

Beiträge, Panelteilnehmer und Redner

S.E. Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen a.D. und Schirmherr der Aktionswoche (*in seinem Grußwort*):

»Die Tragödie von Darfur wütet seit über drei Jahren, und immer noch erreichen uns unablässig neue Berichte über zerstörte Dörfer und über den grausamen Umgang mit Zivilisten, der nun auch auf die Nachbarländer des Sudan übergreift. Wie kann eine internationale Gemeinschaft, die für sich in Anspruch nimmt, die Menschenrechte zu schützen, diese Gräueltaten zulassen? ... Doch nun, mehr als ein Jahr, nachdem wir uns auf dieses Prinzip [„Responsibility to Protect“] geeinigt haben, zeigen die Ereignisse in Darfur, dass wir bei seiner Umsetzung versagen, so wie wir auch bei den Katastrophen von Bosnien und Ruanda versagt haben. Sechzig Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Todeslager und dreißig Jahre nach den Killing Fields von Kambodscha hat das Versprechen des »Nie wieder« einen hohlen Klang.«

Bischof Dr. Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (*in seinem Grußwort*):

»Menschen in Darfur erleiden Gewalt, werden verfolgt und ihrer Menschenwürde beraubt. Dazu darf die Welt nicht schweigen. Die Lage in Darfur ist Ausdruck einer tiefen politischen und gesellschaftlichen Krise und zugleich eine Mahnung an die internationale Gemeinschaft, ihrer ‚Pflicht zu schützen‘ (Responsibility to Protect) nachzukommen. Es müssen die tiefer liegenden politischen und gesellschaftlichen Ursachen ebenso wie die





VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

äußeren Einflüsse und Interessen, die rechtloser Gewalt Vorschub leisten, angegangen werden.«

Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (*in seinem Grußwort*):

»Es ist zwingend geboten, dass sich alle mit der gebotenen Dringlichkeit für die Beendigung des Konflikts sowie für die Schaffung eines freien Zugangs der Hilfsorganisationen in die Krisenregion einsetzen. Darüber hinaus sollte der Sicherheitsrat alle notwendigen Maßnahmen beschließen und unverzüglich einleiten, die zur sofortigen Wiederherstellung der Sicherheit in Darfur notwendig sind und eine geschützte Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer ermöglichen. Die katastrophale humanitäre Situation in den Flüchtlingslagern und in Darfur gebietet ein unverzügliches Handeln.«

Prof. Dr. W. Michael Blumenthal, Direktor des Jüdischen Museums Berlin (*Eröffnungsrede zur Veranstaltungswoche, 15.3.2007*):

»Wir wollen ein Forum für eine ernsthafte Unterhaltung über die schrecklichen Probleme und Menschenrechtsverletzungen in Darfur schaffen. Wir wollen die Öffentlichkeit über diese Probleme informieren. Wir wollen an das Gewissen der internationalen Gesellschaft appellieren, mehr zu tun, energischer zu arbeiten, um diese schrecklichen Menschenrechtsverletzungen, denen Hunderttausende bereits zum Opfer gefallen sind, durch die Menschen in Flüchtlingslagern leben, diesen Menschen mehr und intensiver zu helfen.«

Joschka Fischer, Bundesminister a.D. (*Eröffnungsrede zur Veranstaltungswoche, 15.3.2007*):

»Wenn die Regierung in Khartum so weitermacht, wenn wir sie weitermachen lassen, dann wird die Frage der Einheit des Landes auftauchen. Wenn aber der Sudan zerbricht, dann werden wir noch viel Schlimmeres sehen als jetzt. Nicht nur die Humanität, sondern auch

DARFUR

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

die politische Klugheit gebietet also politisches Handeln. ... Die Chancen zum Handeln sind da. Es geht nicht um einen umfassenden Militäreinsatz, aber die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen müssen sich schon fragen, wie man die bestehenden UN-Resolution auch durchsetzt. ... Man wird über die Durchsetzung eines Flugverbots sprechen und dann auch entscheiden müssen. Auch wirksame Sanktionen gegen das Regime müssen ergriffen werden, vor allem Finanzsanktionen, die bei einem Öl-exportierendem Land sehr wehtun werden. Es kann nicht so weiter gehen, es sterben zu viele Menschen, es gibt zu viele Tragödien.«

Salih Mahmoud Osman, Menschenrechtsanwalt und Abgeordneter der Opposition im sudanesischen Parlament (*Eröffnungsrede zur Veranstaltungswoche, 15.3.2007*):

»Seit Ende 2006 spitzt sich die Lage in Darfur wieder dramatisch zu. Was hier gerade stattfindet, ist ein Völkermord. Die sudanesishe Regierung muss gestoppt werden. Bitte greifen Sie endlich ein! Sie haben die moralische, rechtliche und politische Verantwortung. Bitte helfen Sie uns!«

Carroll Bogert, Stellvertretende Direktorin von Human Rights Watch (*Eröffnungsrede zur Veranstaltungswoche, 15.3.2007*):

»Man kann über viele verschiedenen Hintergründe der Krise in Darfur reden, aber in Ihrem Kern ist sie nicht nur eine humanitäre Krise, sondern eine Menschenrechtskrise. Und verantwortlich dafür ist die Politik der sudanesischen Regierung.«

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D. (*Statement zur Eröffnung der Veranstaltungswoche, 15.3.2007*):

»Darfur ist ein neues Beispiel dafür, wie die Welt immer wieder in die Gefahr zurückfällt, wegzublicken, wenn große Minderheiten schutzlos unterworfen werden. Dass das im Jüdischen Museum stattfindet, hat natürlich mit der Erfahrung von Juden in Deutschland



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

und anderen Ländern zu tun. Ich finde es eindrucksvoll, dass es hier geschieht und fände es gut, wenn ... die Medien mit Kraft darauf hinweisen.«

Lawrence Rossin, US-Botschafter a.D., Senior International Coordinator der Save Darfur Coalition (*Statement zur Eröffnung der Veranstaltungswoche, 15.3.2007*):

»Die Menschen können zwei Dinge tun. Eines ist, Geld an die Hilfsorganisationen spenden, die versuchen, den Menschen in den Flüchtlingslagern helfen. Die zweite Sache ist, sich über Darfur zu informieren und dieses Wissen zu nutzen, um die eigenen Regierungschefs aufzufordern, etwas gegen den Genozid in Darfur zu unternehmen. Unsere Regierungen haben die Möglichkeit, auf die sudanesischen Regierung Druck auszuüben, um das Morden in Darfur zu beenden.«

Prof. Dr. Michael Naumann, Staatsminister für Kultur a.D. (*Konferenz am 16.3.2007, Statement während des Symposiums am 18.3.2007*):

»Ich wünsche mir, dass von dieser Veranstaltungswoche ein hörbares Signal ausgeht, das die politischen Entscheider und die Öffentlichkeit in Deutschland erreicht und der Untätigkeit angesichts der grauenvollen Verbrechen in Darfur ein Ende setzt.«

Gerhart R. Baum, Bundesminister a.D., UNO-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte im Sudan von 2001 bis 2004 (*Eröffnungsrede zur Konferenz am 16.3.2007, Statement während des Symposiums am 18.3.2007*):

»Wir haben die UNO-Resolution 1706, die das internationale Verlangen auf ein Ende der Krise verdeutlicht. Wir haben die ‚Responsibility To Protect‘ als ein neues Kapitel der Völkerrechtsnorm. Das ‚Ob‘ ist also keine Frage. Nun muss es darum gehen, wie die deutsche Regierung, wie die Europäer diese Pflicht in ihre Außenpolitik aufnehmen. Wir müssen jetzt die deutsche Regierung fragen: Was wird sie tun? Es gibt hierzulande keinen Willen, humanitäre Katastrophen genau so zu behandeln wie atomare. Das muss sich ändern. Das ist das Signal, das von dieser Aktionswoche ausgeht.«



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Kerstin Müller, MdB, Außenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (*Konferenz am 16.3.2007*):

»Der Bericht der Ermittlungskommission des UN-Menschenrechtsrats hat ... noch mal deutlich ausgedrückt: alle Initiativen der internationalen Gemeinschaft, ob im Rahmen der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union sind bisher gescheitert. Das Morden dauert an, die Anzahl der Flüchtlinge ist auf einem Höchststand und der Zugang für humanitäre Hilfe hat sich radikal verschlechtert. ... Insgesamt bin ich leider sehr skeptisch. Bisher kann ich keine Anzeichen zu einem verstärkten Engagement der EU und der Bundesregierung erkennen. Es fehlt an persönlicher Entschlossenheit und auf absehbare Zeit an öffentlichem Druck. Ich befürchte, das Morden in Darfur wird weitergehen. Doch umso beharrlicher müssen wir endlich entschlossenes Handeln der Regierenden Europas fordern. Ich hoffe, dass Veranstaltungen wie diese und der aktuelle Darfur-Bericht an den UN-Menschenrechtsrat uns helfen, dazu eine neue öffentliche Dynamik in Gang zu setzen.«

Lotte Leicht, Direktorin des EU-Büros von Human Rights Watch (*Konferenz am 16.3.2007*):

»Fifty years ago, the nations of Europe changed history when, after centuries of strife, they unified to create what we today know as the European Union. Next week, the current leaders of the European Union will congregate here in Berlin to mark this momentous occasion. While it is a time for celebration, it is also a time to reflect upon one of the underlying reasons for the very formation of the EU - the commitment of the nations of Europe to the prevention of genocide and crimes against humanity. ... The international community must change the calculus of self-interest for the Sudanese regime, and this will require significant international political will and tough, targeted sanctions and other measures. ... While the EU should encourage (and EU foreign ministers have done so as recently as on March 5) the UN Security Council to take further measures against those responsible for serious human rights violations in Sudan, it should not be

DARFUR

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

limited by them. The UN Security Council's actions should never be a ceiling for the EU's actions when it comes to protecting victims from genocide, ethnic cleansing, war crimes and crimes against humanity. Nothing precludes the EU from imposing more comprehensive sanctions acting alone, or with other like-minded countries, to fulfill its responsibility to protect.«

Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe (*Konferenz, 16.3.2007*):

»Ich spreche hier für eine deutsche Organisation, die sich in humanitären Krisen engagiert, dabei aber einer entwicklungspolitischen Orientierung verpflichtet ist. ... Nachbarländer wie Tschad, Libyen, Uganda, die Zentralafrikanische Republik, Eritrea und Äthiopien spielen in diesem komplexen Konflikt eine wichtige Rolle. Die supranationale Dimension des Konfliktes muss verdeutlicht und diese Akteure gemeinsam an einen Tisch geladen werden. ... Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen genau wie bei den Gesprächen mit Russland, China, der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga muss immer wieder ein einvernehmliches Verhalten der wichtigsten Entscheidungsträger angemahnt werden. Kurzfristig brauchen wir die Absicherung der humanitären Hilfe, der Zugang von Hilfsorganisationen zu den Flüchtlingen muss gewährleistet werden. Und wir brauchen eine Erhöhung des Beitrags für die Flüchtlingshilfe und die Ernährungssicherung. Derzeit haben wir 8 Dollar pro Monat pro Flüchtling zur Verfügung.«

Prof. Dr. Omer Bartov, Brown University (*Konferenz, 16.3.2007*)

»Intervention in genocide is ... in a real sense a test both for the international community and for the nature of politics in democratic states. Citizens cannot expect their governments to do the ‚right thing‘ but must demonstrate that it is in their interest – and therefore in the national interest – that genocide be prevented, stopped, or punished. States cannot rely on the international community to do the ‚right thing‘ either, but must



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

repeatedly insist that it is in the interest of civilisation as a whole to curb crimes against humanity, and that particular national interest will ultimately be served by mobilizing against inhumanity.«

Prof. Dr. Dan Diner, Hebrew University of Jerusalem/ Direktor des Simon-Dubnow-Institutes für Jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig (*Symposium 18.3.2007*)

»Es ist traurig aber wahr, dass es hierzulande offenbar wenig berührt oder wir uns zum Hinschauen zwingen müssen, wenn Afrikaner Verbrechen an Afrikanern begehen. Die einzige Möglichkeit, dieser unerträglichen Situation zu entkommen ist es, unabhängige Institutionen zu schaffen, die zum Handeln verpflichten.«

Prof. Dr. Manfred Henningsen, University of Hawaii (*Symposium 18.3.2007*)

»Warum werden die Deutschen, die auf ewig mit der Erinnerung an den Holocaust verbunden sind, nicht durch die genozidalen Ereignisse in der Darfur-Region des Sudan zu Aktionen auf der Ebene von Bürgerinitiativen oder des politischen Establishments herausgefordert? ... Die völkermörderischen Aktionen in Darfur können ... durch politische Intervention verhindert werden. Vielleicht sollte Bundeskanzlerin Merkel dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament vorschlagen, der UN eine EU-Militärgruppe zum Eingreifen in Darfur anzubieten und möglicherweise das Vorbild des Bosnien-Einsatzes von EU-Truppen als Ansatz benutzen.«

Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin (*Symposium 18.3.2007*)

»Hierzulande wird erst die Intensität von Flüchtlingsströmen, die unsere Sozialsysteme belasten könnten, die Bereitschaft zu intervenieren bestimmen. 350.000 neue Asylsuchende wären ein ernsthaftes Argument für die Regierung, etwas zu unternehmen. ... Aber: Einen Militäreinsatz sehe ich mehr als skeptisch.«



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

DOKUMENTE

I. »Responsibility To Protect«

- Auszug aus dem Ergebnisdokument des Weltgipfels der Vereinten Nationen 2005 (vom 15. September 2005)

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete in seiner 60. Tagung den folgenden Wortlaut:

»Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

138.

Jeder einzelne Staat hat die Verantwortung für den Schutz seiner Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Zu dieser Verantwortung gehört es, solche Verbrechen, einschließlich der Anstiftung dazu, mittels angemessener und notwendiger Maßnahmen zu verhüten. Wir akzeptieren diese Verantwortung und werden im Einklang damit handeln. Die internationale Gemeinschaft sollte gegebenenfalls die Staaten ermutigen und ihnen dabei behilflich sein, diese Verantwortung wahrzunehmen, und die Vereinten Nationen bei der Schaffung einer Frühwarnkapazität unterstützen.

139.

Die internationale Gemeinschaft hat durch die Vereinten Nationen auch die Pflicht, diplomatische, humanitäre und andere friedliche Mittel nach den Kapiteln VI und VIII der Charta einzusetzen, um beim Schutz der Zivilbevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit behilflich zu sein. In diesem Zusammenhang sind wir bereit, im Einzelfall und in Zusammenarbeit mit den zuständigen regionalen Organisationen rechtzeitig und entschieden kollektive Maßnahmen über den Sicherheitsrat im Einklang mit der Charta, namentlich Kapitel VII, zu ergreifen, falls friedliche Mittel sich als unzureichend erweisen und die nationalen Behörden offenkundig dabei versagen, ihre Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Wir betonen die Notwendigkeit, dass die Generalversammlung die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die sich daraus ergebenden Auswirkungen eingedenk der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen



VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

und des Völkerrechts weiter prüft. Wir beabsichtigen außerdem, uns erforderlichenfalls und soweit angezeigt dazu zu verpflichten, den Staaten beim Aufbau von Kapazitäten zum Schutz ihrer Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit behilflich zu sein und besonders belasteten Staaten beizustehen, bevor Krisen und Konflikte ausbrechen.«

II. Resolution 1706 (2006)

verabschiedet auf der 5519. Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 31. August 2006/

Auszug

»Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Sudan, insbesondere die Resolutionen 1679 (2006) vom 16. Mai 2006, 1665 (2006) vom 29. März 2006, 1663 (2006) vom 24. März 2006, 1593 (2005) vom 31. März 2005, 1591 (2005) vom 29. März 2005, 1590 (2005) vom 24. März 2005, 1574 (2004) vom 19. November 2004, 1564 (2004) vom 18. September 2004 und 1556 (2004) vom 30. Juli 2004, sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Sudan, (...) *feststellend*, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, unbeschadet des bestehenden Mandats und der derzeitigen Tätigkeit der UNMIS gemäß Resolution 1590 (2005) und mit dem Ziel, die rasche und wirksame Durchführung des Friedensabkommens für Darfur zu unterstützen, das Mandat der UNMIS auszuweiten, wie in den Ziffern 8, 9 und 12 festgelegt, und sie nach Darfur zu verlegen, fordert daher die Regierung der nationalen Einheit auf, dieser Verlegung ihre Zustimmung zu erteilen, und *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, die für eine rasche Verlegung erforderliche Kapazität bereitzustellen;
2. *ersucht* den Generalsekretär, im Einklang mit der Empfehlung in seinem Bericht vom 28. Juli 2006 die rasche Entsendung zusätzlicher Kapazitäten für die UNMIS zu veranlassen, damit sie nach Darfur verlegt werden kann;
3. *beschließt*, die UNMIS um bis zu 17.300 Soldaten und einen angemessenen zivilen Anteil, darunter bis zu 3.300 Zivilpolizisten und bis zu 16 organisierte Polizeieinheiten, zu verstärken, und *bekundet seine Entschlossenheit*, die Personalstärke und die Struktur der UNMIS unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lage am Boden und unbeschadet ihrer derzeitigen Tätigkeit und ihres bestehenden Mandats gemäß Resolution 1590 (2005) regelmäßig zu überprüfen; (...)